



## **Suchergebnisse: Gewerkschaft**

### **9. September 1839 – Vorschriften für Kinderarbeit in Fabriken in Preußen**

Berlin - Königreich Preußen \* Das „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ in Preußen tritt in Kraft. Danach dürfen Kinder unter 17 Jahren erst dann arbeiten, wenn sie nachweisen können, dass sie eine dreijährige Schulbildung genossen haben. Unternehmer umgehen diesen Punkt jedoch leicht, wenn sie eine Fabriksschule führen. Diese sind dann aber mehr Alibischulen. Kinder unter 17 dürfen nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeiten. Die Ortspolizei kann jedoch die Arbeitszeit für maximal einen Monat erhöhen. Zwei Pausen von mindestens 15 Minuten und eine einstündige Mittagspause müssen eingeräumt werden. Sonntags- und Feiertagsarbeiten sowie die Nachtschicht ist für Kinder völlig verboten. Fabrikbesitzer haben Buch über die Kinder in ihren Unternehmen zu führen. Nichteinhaltung der Vorschriften werden mit Geldstrafen geahndet. Die Vorgaben gelten nicht für Arbeiterkinder in der Landwirtschaft. An das Gesetz zum Schutze der Fabrikkinder halten sich allerdings die wenigsten Unternehmer. Das liegt zum einen an den noch nicht vorhandenen Gewerkschaften, die sich für die Fabrikkinder einsetzen, zum anderen an der fehlenden Kontrolle. Selbst die Geldstrafen sind so niedrig, dass sie nicht ernstgenommen werden.

### **Juli 1879 – Der Kampf für städtische Arbeitsvermittler**

München \* Die Polizeidirektion erlässt Vorschriften für private Stellenvermittler und Vermittlungsbüros der gewerblichen Verbände und Innungen, um arbeitsuchende Menschen vor schlimmer Ausbeutung zu schützen. Es geht um überzogene Gebühren bei ungewissen Erfolgen. Nach einem Bericht des Münchener Gewerkschaftsvereins aus demselben Jahr liegen die Einschreibengebühren für die privaten Arbeitsvermittler zwischen 50 Pfennigen und einer Mark. Nach der Vermittlung eines Arbeitsplatzes ist eine entsprechende Gebühr fällig, die sich nach dem zu erwartenden Lohn ausrichtet. Sie beträgt, bei einem Monatsverdienst von 10 bis 50 Mark, die Hälfte bis zu einem doppelten Monatslohn. Die Vermittlungsgebühr zahlt zuerst der Arbeitgeber, der sie dann zumeist dem Arbeitnehmer vom Lohn abzieht. Besonders häufig werden die im Stadtleben noch unerfahrenen Mädchen vom Land ausgenutzt, indem man ihnen Unterkunft und Verpflegung zu überhöhten Preisen anbot. Sie müssen häufig ihre Dienstbücher und Zeugnisse dem Arbeitsvermittler aushändigen, womit sie den unseriösen Stellenvermittlern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Die Mädchen vom Land können sich dadurch weder auf eigene Faust eine Arbeit suchen, noch andere Jobvermittler beauftragen. Erst wenn ein



Arbeitsverhältnis mit einem neuen Arbeitgeber geschlossen worden ist, erhalten sie ihre Unterlagen wieder zurück. Da die polizeilich erlassenen Vorschriften auch in den folgenden Jahren keine Wirkung zeigen, ist die Einrichtung von zentralen städtischen oder staatlichen Arbeitsvermittlungen ein besonderes Anliegen der Gewerkschaften, deren Einsatz die Münchner Stadtverwaltung letztlich zu einem fortschrittlichen Handeln bewegen wird.

---

## **1. Mai 1886 – Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen**

Chicago \* Am Haymarket in Chicago kommt es zu blutigen Straßenkämpfen mit der Polizei. In der Folge werden acht Gewerkschaftsführer verhaftet und nach einer konstruierten Anklage zum Tode verurteilt. Vier davon werden auch hingerichtet.

---

## **27. September 1895 – Ein Militärverbot für die Bierbude Nr. 3**

München-Theresienwiese \* Von der Polizei-Kommandantur wird über die Bierbude Nr. 3 ein Militärverbot verhängt. Der Grund ist die Erklärung des Budeninhabers, er werde dem sozialistischen Gewerkschaftsverein für jeden auf der Festwiese gezapften Hektoliter eine Mark spenden.

---

## **Juli 1896 – Der Turnverein Haidhausen ist schon bald am Ende**

München-Haidhausen \* Schon seit der Mitte der 1890er-Jahre treffen sich Haidhauser Arbeiter zu sportlichen Übungen im Turnverein Haidhausen. Doch nur wenige Monate später ist der Verein finanziell schon wieder am Ende und muss Ende 1896 aufgelöst werden. Um vor allem die finanziellen Probleme des Vereins in den Griff zu bekommen, nehmen Mitglieder des aufgelösten Vereins Kontakt mit der SPD und den Gewerkschaften auf. Nachdem den Arbeitersportlern Unterstützung zugesagt worden ist, kann eine zweite Gründung erfolgen. Ein solches Wohlwollen war zu dieser Zeit keineswegs selbstverständlich, da viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre den Sportvereinen ablehnend gegenüberstehen und diese als „Klimbim-Vereine“ abqualifizieren. In Gewerkschaftsversammlungen werden alle Debatten über Sportvereine abgelehnt, da man fürchtet, dass deren Mitglieder über ihr sportliches Engagement die politische Arbeit total vergessen könnten.

---



### **16. März 1897 – 56 Turngenossen gründen den Arbeiter-Turn-Verein-München Ost**

München-Haidhausen \* 56 sportbegeisterte Turngenossen gründen in einem Gaststättensaal an der Pariser Straße 30 den Arbeiter-Turn-Verein-München Ost. Der Arbeiter-Turn-Verein München-Ost hat die benötigte finanzielle Hilfestellung von der SPD und den Gewerkschaften erhalten. Damit können die Turner wieder ihre organisierten Übungsstunden abhalten. Als monatlichen Beitrag müssen die Mitglieder 50 Pfennige aufbringen. Im ersten Monat liegt das Beitragsaufkommen - inklusive Spenden - bei 28 Reichsmark. Nach Abzug von 40 Mark für die Anschaffung des notwendigen Turngeräts und der fälligen Turnhallenmiete muss ein Minderbetrag von zwölf Reichsmark von der SPD und der Gewerkschaft übernommen werden. Da es in Haidhausen keine anmietbare Turnhalle gibt, findet der Turnbetrieb des Arbeiter-Turn-Vereins München-Ost in den Nebenzimmern von Gaststätten statt. Dazu müssen die eigenen Geräte mitgebracht werden;

### **1. August 1914 – Die Gewerkschaften und der Krieg**

Berlin \* Das Correspondenzblatt, das Organ der Generalkommission der Gewerkschaften, schreibt: „Der Krieg 1870 und 71 wird als bedeutungslos verschwinden, wird keinen Vergleich aushalten mit dem, was uns an Verwüstungen von wirtschaftlichen, kulturellen Werten und Menschenleben der kommende Krieg in Aussicht stellt“.

### **16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik**

Berlin \* In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

### **17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen**

Berlin \* Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe





Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

## **28. Januar 1918 – Gemeinsamer Streikaufruf der MSPD und der USPD in Nürnberg**

Nürnberg \* In der Nacht vom 28. zum 29. Januar 1918 beschließt die Ortsgruppe der Nürnberger Mehrheitssozialdemokraten, sich dem Streikaufruf der USPD anzuschließen. Der fränkische Streikaufruf ist auch als Seitenhieb auf den Opportunismus der Münchner Sozialdemokraten gedacht. In Nürnberg beteiligen sich weit über 40.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an den Streikaktionen und Demonstrationen.

## **29. Januar 1918 – Berhördliche Maßnahmen gegen den Streik**

Berlin \* In Berlin werden alle Versammlungen verboten. Die Polizei besetzt das Gewerkschaftshaus.

## **30. Januar 1918 – Streik-Aktivitäten der USPD verurteilt**

München \* Die Delegierten des Münchner Gewerkschaftsvereins beschließen eine Resolution, in



der sie die Aktivitäten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik verurteilen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Johannes Timm verständigt sich mit dem MSPD-Parteisekretär Erhard Auer, an der für den nächsten Tag angesetzten Versammlung der Münchner kriegswichtigen Betriebe teilzunehmen. Sie wollen durch ihre Präsenz Gegenmaßnahmen einleiten, die Bewegung in geordnete Bahnen lenken und den Streik so bald als möglich beenden.

### **31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Motorenwerke**

München-Ludwigsvorstadt \* Im Festsaal der Mathäserbrauerei finden kurz hintereinander die Betriebsversammlungen der Bayerischen Motorenwerke und der Bayerischen Flugzeugwerke statt. Am frühen Nachmittag versammelt sich die Arbeiterschaft des im Jahr 1917 von Rapp-Motorenwerke in Bayerische Motorenwerke - BMW umbenannten Betriebs. Anders als in den Krupp-Werken sind die BMW-Arbeitsausschüsse fest in der Hand der Gewerkschaften und der MSPD. Auch Kurt Eisner ergreift das Wort und erkennt, dass die Mehrheit der Anwesenden den Streik will. Nach seinen Ausführungen stimmen die Teilnehmer für die Arbeitskämpfmaßnahme. Ob es bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW tatsächlich zum Streik kommen wird, ist fraglich, denn die Versammlung war gegen den Willen der Betriebsvertrauensleute einberufen worden. Und schon deshalb könnten diese dem Streikbeschluss die Anerkennung versagen.

### **31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Flugzeugwerke**

München-Ludwigsvorstadt \* Am Abend findet im Mathäserbräusaal eine Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke AG statt, bei der der SPD-Abgeordnete Erhard Auer spricht und wilde Streiks als „zwecklos und sinnwidrig“ bezeichnet. Als die Versammelten Kurt Eisner zur Stellungnahme ermunterten, blieb dieser still. Die MSPD und die Gewerkschaften können durchsetzen, dass die Arbeit erst dann niedergelegt wird, wenn sich die Parteileitung in Berlin dafür ausgesprochen hat. Die Versammlung nimmt einen erregten Verlauf und muss wegen des „großen Lärms“ vorzeitig beendet werden.

### **2. Februar 1918 – Die Beendigung der Streikmaßnahmen wird beschlossen**

München-Isarvorstadt \* Am Abend finden im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 40/42 Einigungsverhandlungen zwischen den von der USPD geführten Streikenden und



der MSPD statt. Sie führen zu keinem Erfolg. Die Streikleitung erklärt sich allerdings mit der MSPD einverstanden, die die Forderungen der Arbeiter der Reichsregierung unterbreiten will. Ebenso ist sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 4. Februar einverstanden. Letztlich ist es den Behörden - in Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften - gelungen, die Streiks zu beenden.

#### **4. Februar 1918 – Gegen Militärdiktatur und Regierungssozialisten**

München-Au \* Kurt Eisner beschreibt die Situation der Januar-Streiks in seinem Gefängnis-Tagebuch: „Wir hatten nicht nur die Militärdiktatur gegen uns, sondern auch die Regierungssozialisten, die die gesamte politische und gewerkschaftliche Organisation fest in Händen hielten, eine Camorra, die vor keinem Mittel zurückschreckten, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten. Wir waren nur ein kleines Häuflein, ohne die Autorität von Ämtern und Würden, ohne Geld, ohne Presse, ohne die Möglichkeit schriftlicher Propaganda“.

#### **4. Februar 1918 – Die Streiks sind beendet, der Anlass bleibt**

München \* Die Streiks sind beendet. In den Fabriken wird wieder gearbeitet, doch der Anlass der Streiks ist geblieben. Die Christlichen Gewerkschaften lehnen in einer Stellungnahme grundsätzlich jeden politischen Streik ab.

#### **30. Juli 1918 – SPD und Gewerkschaften wollen kein Regierungslob**

München \* Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer bittet das Innenministerium, „von der Verleihung von Anerkennungsurkunden für Kriegsarbeit an die sozialdemokratische Presse und Gewerkschaften abzusehen“.

#### **21. August 1918 – Die Ängste der Gewerkschaftsführer**

München - Nürnberg - Fürth \* Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet seinen Ministerkollegen in einem Geheimschreiben über ein Gespräch mit sozialdemokratischen Arbeiterführern aus Nürnberg-Fürth. Diese sagten ihm, dass sie die Zuversicht nicht mehr teilen, „dass wir den Krieg wirtschaftlich durchhalten könnten“. Die Entbehrungen der Bevölkerung haben einen Grad erreicht, dass mit dem baldigen Zusammenbruch gerechnet werden muss.





Das Vertrauen der Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften geht verloren, wenn sie weiter zu einer Regierung halten, „die ihre Versprechungen auf Besserung der Lage nicht einlösen vermocht und statt dessen immer nur neue Opfer und Entbehrungen verlangt und dadurch das Vertrauen des Volkes verloren habe. Sie würden für diese Enttäuschung mitverantwortlich gemacht, weil sie durch ihre Mitarbeit keine Besserung erreicht hätten, und sie stünden daher vor der Gefahr, ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft zu verlieren“.

## **26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarchie**

Berlin \* Kaiser Wilhelm II. verkündet den Übergang zur parlamentarischen Monarchie. Die Kommandogewalt geht nun vom Kaiser auf den Reichskanzler als Chef der Regierung über, der künftig seinerseits der Kontrolle durch den Reichstag unterworfen ist. Eine Gewerkschaftszeitung schreibt: „Herrlich, es ist das eingetreten, was unsere Alten verheißen haben!“

## **2. November 1918 – Ratlose Matrosen und Dockarbeiter**

Kiel \* Matrosen und Dockarbeiter diskutieren im Kieler Gewerkschaftshaus wie es weitergehen soll. Sie kommen zu keinem Entschluss und vertagen sich auf den nächsten Tag.

## **3. November 1918 – Neun Tote und 29 Verletzte nach einer Schießerei auf Demonstranten**

Kiel \* Als die Matrosen am Sonntag im Kieler Gewerkschaftshaus weiter diskutieren wollen, finden sie dieses verschlossen und von bewaffneten Posten bewacht. Die Matrosen versammeln sich deshalb auf einem Exerzierplatz. Tausende Arbeiter schließen sich ihnen an. Sie hören Reden und diskutieren miteinander. Dann formiert sich ein großer Demonstrationzug. An einer Straßenkreuzung wird der Demonstrationzug von einer Patrouille unter Leitung eines Leutnant Steinhäuser aufgehalten und zum „Auseinandergehen!“ aufgefordert. Als das die Demonstranten nicht befolgen, kommt der Befehl „Feuer!“. Das Resultat sind neun Tote und 29 Verletzte. Ein bewaffneter Matrose stürzt auf Leutnant Steinhäuser und erschießt ihn. Nun gibt es kein Zurück. Das ist der Startschuss für die deutsche Revolution.

## **4. November 1918 – Versammlung der Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften**





München-Ludwigsvorstadt \* Im Mathäserbräu findet eine gemeinsame Versammlung der Vertrauensleute der SPD und der Gewerkschaften statt. Sie fassen den einstimmigen Beschluss:

„Da unter dem Streit zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen die Arbeiterinteressen Schaden leiden, appellieren die Obleute an die Leitung beider Parteien, den Bruderkrieg einzustellen und die ganze Kraft des Proletariats zum Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind, Kapitalismus und Reaktion, zu vereinigen.“

## **6. November 1918 – Ein Aufruf zur Friedenskundgebung am 7. November 1918**

München \* Die sozialdemokratische Münchener Post veröffentlicht auf der Titelseite im Auftrag der Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens einen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens!“. Darin heißt es: „Die sozialdemokratische Partei ruft die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport und Verkehr beschäftigten Personen auf, am Donnerstagnachmittags 3 Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. Es gilt, im Geiste der Freiheit und Verantwortung Stellung zu nehmen zu den großen Tagesfragen, die in der letzten Vertrauensmännerversammlung der gesamten Münchener Arbeiterschaft erörtert worden sind. Die Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften werden aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß die Demonstration einen der organisierten Arbeiterschaft würdigen Verlauf nimmt“.

## **6. November 1918 – Kriegsminister Hellingrath und Erhard Auer beruhigen die Minister**

München-Kreuzviertel \* Am Nachmittag trifft sich das ausscheidende Kabinett mit dem neuen Reform-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto von Dandl. Das eine Kabinett ist nicht mehr handlungsfähig, das andere wird seine Aufgabe erst am 8. November übernehmen. Sorgenvoll blicken sie auf die Massenkundgebung von USPD und MSPD auf der Theresienwiese am nächsten Tag. Man überlegt sogar, Kurt Eisner vorsorglich verhaften zu lassen. Kriegsminister Philipp von Hellingrath erklärt: „Es gibt unruhige und unzuverlässige Elemente auch in der bayerischen Armee, aber, meine Herren, Sie können ganz beruhigt sein. Die Armee als Ganzes ist noch fest in unserer Hand. Es wird nichts passieren.“ Der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, erklärt: „Reden Sie doch nicht immer von Eisner. Eisner ist erledigt. Sie dürfen sich darauf verlassen. Wir haben unsere Leute in der Hand. Ich gehe selbst mit im Zug. Es geschieht gar nichts.“ Dennoch trifft die Regierung Vorkehrungen für den Fall von Gewaltanwendung. Die stationierten Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt und mit Gewehren und Tränengas bewaffnet.



### **7. November 1918 – Eine erste Initiative zur Bildung von Räten**

München \* Um 15 Uhr wird eine erste Initiative zur Bildung von Räten beobachtet. Eine kleine Gruppe von Soldaten findet sich „unter der Parole: Schaffung von Soldatenräte“ zusammen. Nach einem Bericht der Münchener Post fordert ein USPD-Redner die „sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats“ bereits als die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter zur Demonstration aufbrechen.

### **7. November 1918 – Das Teilnahmeverbot der Soldaten wird zurückgenommen**

München-Theresienwiese \* Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD hat zu einer Kundgebung auf die Theresienwiese eingeladen. Um die Kontrolle über die Münchner Arbeiterschaft nicht ganz zu verlieren, haben sich die Gewerkschaften und die MSPD dieser Einladung angeschlossen. Soldaten ist zunächst die Teilnahme an der Versammlung von der Stadtkommandatur verboten worden. Zwei MSPD-Abgeordnete, darunter Erhard Auer, veranlassen, dass die Anordnung durch Kriegsminister Philipp von Hellingrath aufgehoben wird. Soldaten, die keinen Dienst haben, wird erlaubt, die Kaserne zu verlassen. Ein Teil der Soldaten wird als Bereitschaft zurück behalten.

### **7. November 1918 – Es lebe die Revolution !**

München-Theresienwiese \* Kurt Eisner spricht zur gleichen Zeit am anderen Ende der Theresienwiese - unterhalb vom Hackerbräu. Die Demonstranten haben rote Fahnen, Tafeln und Plakate mitgebracht. Ihre Revolutionsbereitschaft demonstrieren die anwesenden Matrosen und Soldaten auch dadurch, dass sie die Reichskokarden von ihren Mützen genommen haben. Was nach dem Abmarsch der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschafter passiert, schildert Felix Fechenbach so: „Drei Redner sprachen an dieser Stelle. Zuerst Kurt Eisner, kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln! Der Bauernführer Ludwig Gandorfer verspricht, dass das Landvolk die Arbeiter nicht im Stiche lassen werde. Dann trete ich vor in Uniform, die rote Fahne in der Hand, erinnere daran, dass die Soldaten in den Kasernen zurückgehalten werden. Und dann: ‚Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution‘. Das war das Signal.“

### **7. November 1918 – Um 15 Uhr beginnt die Kundgebung auf der Theresienwiese**



München-Theresienwiese \* Um 15 Uhr beginnt die politische Veranstaltung auf der Theresienwiese, an der sich etwa 40.000 Menschen beteiligen. Andere Quellen sprechen von über 100.000, sogar von 200.000 Teilnehmern.

## 7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München \* Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

## 7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese \* Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte. Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch



nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.

## **7. November 1918 – Eine vollkommen hilflose geschäftsführende bayerische Regierung**

München-Maxvorstadt \* Im Kriegsministerium trifft sich der Königliche Staatsrat zur Lagebesprechung. Um 17 Uhr muss Kriegsminister Philipp von Hellingrath eingestehen, dass er keinen Rat mehr weiß, die Unruhe und den Aufstand mit militärischen Mitteln zu unterdrücken. In München stellen nur noch die Gewerkschaften eine durchorganisierte Macht dar. Doch deren Mitglieder sind nun nicht mehr bereit, eine Dynastie zu retten, die sich seit Jahrhunderten auf ihre Klassenprivilegien stützte und erst weniger als eine Woche zuvor den parlamentarisch-demokratischen Reformen ihre Zustimmung gab.

## **8. November 1918 – Augsburg wählt einen Arbeiter- und Soldatenrat**

Augsburg \* Der Redakteur der sozialdemokratischen Schwäbischen Volkszeitung, Ernst Niekisch, informiert in aller Frühe die Führer der örtlichen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Vorgänge in München. Da sich keiner der Angesprochenen traut in die Kasernen zu gehen und sich an die Spitze der Revolution zu stellen, begibt sich Niekisch zum Augsburger Divisionskommandeur. Die Ausweglosigkeit seiner Situation erkennend, lässt er Niekisch einen Provisorischen Soldatenrat wählen. Und weil die Augsburger Mehrheitssozialdemokraten inzwischen von der Standfestigkeit der neuen Regierung überzeugen konnten, berufen sie eine Massenveranstaltung der Arbeiter ein, auf der Ernst Niekisch zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats gewählt wird.

## **8. November 1918 – Der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern konstituiert sich**

München-Kreuzviertel \* Noch in der Nacht konstituiert sich der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern. Er löst die 163 gewählten Abgeordneten des Bayerischen Landtags ab. Voraussetzung ist, dass, entsprechend der Machtverhältnisse und im Interesse der Einigung des Proletariats, die Mehrheitssozialdemokraten beteiligt werden müssen, obwohl sie die Revolution mit allen Mitteln verhindern wollten und sich Erhard Auer mit der „gewaltsamen Niederschlagung der Aufständischen“ noch in der Nacht vom 7. zum 8. November einverstanden erklärt hat. Aber gegen die MSPD kann nicht regiert werden. Deshalb zieht Eisner zur ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates am 8. November 1918 - neben den



Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats sowie Vertretern der Gewerkschaften und Berufsverbände - die sozialdemokratische Fraktion des alten Landtags, die Fraktion des Bauernbundes und drei liberale Abgeordnete - Ludwig Quidde, Hübsch und Kohl - hinzu.

---

#### **14. November 1918 – Die Revolutionäre werden zur Minderheit**

München \* Der am ersten Revolutionstag (7. November) in München entstandene Zentralarbeitserrat hat sich aus dem im Mathäserbräu gewählten Arbeiterrat entwickelt. Er ist gleichbedeutend mit dem Revolutionären Arbeiterrat, der umgehend die Organisation von Betriebsräten in München ergreift. Die Münchner Betriebsräte gaben sich eine Geschäftsordnung und wählten ihren eigenen Münchner Arbeiterrat. Dieser wird von Gewerkschaftsführern geleitet. Er beansprucht für sich die legitime Vertretung des Münchner Proletariats zu sein. An diesem 14. November zwingt der Münchner Arbeiterrat den Revolutionären Arbeiterrat zur Annahme der nachstehenden Forderungen: Die Mitgliederzahl des Revolutionären Arbeiterrats ist auf fünfzig zu beschränken. Der Revolutionäre Arbeiterrat wird sich mit den 550 Vertretern des Münchner Arbeiterrats zusammenschließen. Diese vereinigte Körperschaft wird dann einen neuen Zentralarbeitserrat wählen; von dessen fünfzig Mitgliedern darf der Revolutionäre Arbeiterrat zehn bestimmen. Innerhalb der Arbeiterräte in München bilden die Revolutionäre nunmehr eine Minderheit.

---

#### **15. November 1918 – Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband**

Berlin \* Die Gewerkschaften sehen die Chance, endlich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen anerkannt zu werden. In Zukunft sollen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, die zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die beiden Verhandlungsführer Hugo Stinnes, mächtiger Schwerindustrieller sowie Verhandlungsführer der Unternehmenseite, und Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, unterzeichnen ein weitreichendes, die genannten Punkte beinhaltendes Abkommen.

---

#### **18. November 1918 – Hedwig Kämpfer fordert frauenrechtliche Schulungen**

München \* Hedwig Kämpfer von der USPD fordert auf einer großen Frauen-Versammlung „die frauenrechtlerische Schulung der proletarischen Frauen, besonders der Frauen innerhalb der



sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“. Diese Forderung wird in Bayern bald verwirklicht. Frauen der radikalen Frauenbewegung und der politisch linksgerichteten schließen sich schon bald zum „Bund sozialistischer Frauen“ zusammen.

---

### **29. November 1918 – Minister Roßhaupter sagt Waffenlieferung an die Bürgerwehr zu**

München \* Der Staatsminister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter sagt dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann in einem persönlichen Gespräch zu, der Bürgerwehr Waffen zur Verfügung zu stellen und rät ihm, auch die Gewerkschaften offiziell zu beteiligen.

---

### **30. November 1918 – Die freien Gewerkschaften lehnen die Bürgerwehr ab**

München \* Eine Besprechung zwischen dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und der Freien Gewerkschaften findet zum Thema Bürgerwehr statt. Gustav Schiefer, der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in München, wehrt sich vehement gegen die Pläne. Auch der anwesende Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer raten von einer Zustimmung ab.

---

### **4. Dezember 1918 – Eine Kommission erstellt ein Sozialisierungskonzept**

Berlin \* Da der Rat der Volksbeauftragten kein Sozialisierungskonzept hat, wird eine Kommission gegründet, in der Karl Kautsky von der USPD und Ernst Francke, der Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reformen, den Vorsitz übernehmen. Vertreter der MSPD, der Gewerkschaften und der Unternehmer gehören dem Gremium zusätzlich an. Aufgrund der Zusammensetzung ist kaum mit schnellen Entscheidungen und Einschnitten zu rechnen. Die Kommission dient mehr der Beruhigung in allen Richtungen.

---

### **7. Dezember 1918 – Die Kasernenräte sprechen dem Soldatenrat das Misstrauen aus**

München-Ludwigsvorstadt \* Im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße tagen die Kasernenräte. Sie verurteilen die nächtliche Demonstration vom Vortag. Dem Soldatenrat sprechen sie ihr Misstrauen aus, weil von den 15 Mitgliedern, die der Soldatenrat in den Nationalrat entsendet, acht befinden, die nicht gewählt worden sind, sondern sich in der Revolutionsnacht selbst dazu ernannt haben. [Darunter: Felix Fechenbach, Fritz Schröder und



Fritz Sauber]. In der Folge tritt der Soldatenrat zurück und leitet Neuwahlen ein.

---

#### **4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf**

Berlin \* Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

---

#### **17. Januar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus**

Essen - Berlin \* Die Essener Neunerkommission führt in Berlin Verhandlungen zur Sozialisierung des Kohlebergbaus. Die Essener Sozialisierungsbestrebungen werden weder von der Reichsregierung noch von der zentralen Gewerkschaftsführung unterstützt. Die Erfolge der Neunerkommission sind überschaubar.

---

#### **13. Februar 1919 – Verhandlungen zur Sozialisierung der Bergbaubetriebe**

Weimar - Essen \* In Weimar beginnen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Essener Neunerkommission, dem Bezirksbetriebsrat Halle, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Die Regierung weigert sich, den Betriebsräten außer sozialpolitischen Rechten weitere Funktionen im wirtschaftlichen und politischen Raum zuzugestehen. Der umfassende Kontrollanspruch der Arbeiterräte wird abgelehnt.

---

#### **22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken**

München \* Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die

---





sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied des Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.“ Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse“ - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern herrschen?

## **22. Februar 1919 – Der Zentralrat wird erweitert**

München-Kreuzviertel \* Der Zentralrat wird durch die Aufnahme des Mehrheitssozialisten Karl Schmidt und des Gewerkschaftssekretärs Albert Schmid erweitert.

## **23. Februar 1919 – Arbeiter können unter bestimmten Umständen eine Waffe erhalten**

München-Theresienwiese \* Auf der Theresienwiese versammeln sich gegen 13 Uhr mehrere



Tausend Personen. Hier können freigewerkschaftlich organisierte oder einer sozialistischen Partei zugehörige Arbeiter eine Waffe erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre alt und an der Waffe ausgebildet sind. Ob und in welcher Anzahl Waffen ausgegeben wurden, ist unklar. Gegen 16 Uhr formiert sich ein Demonstrationzug zur Innenstadt, der sich am Schiller-Denkmal auflöst.

---

### **3. März 1919 – Die Kasernenräte kritisieren die Ausgabe der Waffen an die Arbeiter**

München \* Die Kasernenräte kritisieren in einem öffentlichen Aufruf die Ausgabe der Waffen an freigewerkschaftlich organisierte und sozialistischen Parteien angehörenden Arbeitern, weil dabei Spartakisten bevorzugt worden sein sollen.

---

### **7. März 1919 – Der Berliner Generalstreik endet um 19 Uhr**

Berlin \* Die Sozialdemokraten beantragen in der Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats die sofortige Beendigung des Generalstreiks. Auch die Gewerkschaftskommission empfiehlt den Abbruch des Streiks. Die Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats beschließt - mit den Stimmen der USPD-Vertreter - den Generalstreik um 19 Uhr zu beenden. Das Ende des Streiks bedeutet aber nicht das Ende der Gewalt.

---

### **22. März 1919 – Diskussion um die Installation von Betriebsräten**

Weimar \* Auf der ersten Parteikonferenz der SPD nach dem Krieg kommt es zu kontroversen Diskussionen in der Frage der Installation von Betriebsräten. Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, warnt davor, den Arbeiterräten das Recht der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Denn „dann haben die Gewerkschaften keine Existenzberechtigung mehr“.

---

### **31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt**

Weimar - Ruhrgebiet \* Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die



Arbeitskampfmaßnahme zu unterlaufen und zu schwächen.&nbsp;

---

#### **4. April 1919 – Beratungen zur Ausrufung einer Räterepublik**

München-Kreuzviertel \* Im Außenministerium im Palais Montgelas treffen sich etwa dreißig Personen, darunter Minister der Regierung Hoffmann, Stadtkommandant Oskar Dürr und Polizeipräsident Joseph Staimer, Gewerkschafter, Vertreter des Zentralrats und weitere. Es geht um die Frage der Ausrufung einer Räterepublik. Doch die Versammlung unter der Leitung von Ernst Niekisch trennte sich ohne gefasste Beschlüsse.&nbsp;

---

#### **7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus**

München \* In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais&nbsp;- mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates&nbsp;- die Proklamation der Bayerischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats&nbsp;oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik&nbsp;bezeichnet. Die Regierung Hoffmann&nbsp;hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung&nbsp;entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats&nbsp;und der USPD eine Schlüsselrolle zu.&nbsp;

---

#### **25. April 1919 – Gewerkschaften bekennen sich zum Mitbestimmungsrecht der Arbeiter**

Berlin \* Die Spitzen der Gewerkschaft beschließen nahezu einstimmig eine Resolution, in der sie sich zu einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bekennen.

---

#### **1. Mai 1920 – Ein Denkmal für die Toten der Revolution - 1919**

München-Obergiesing \* Im Rahmen der Maifeiern wird im Ostfriedhof von den Münchner Freien Gewerkschaften der Grundstein für ein Denkmal für die Toten der Revolution - 1919 errichtet.

---

#### **7. November 1920 – Eine Gedenktafel für Kurt Eisner wird enthüllt**



München-Isarvorstadt \* Im Lichthof des Gewerkschaftshauses an der Pestalozzistraße wird eine Gedenktafel für Kurt Eisner enthüllt.

---

### **9. März 1933 – Die Gedenktafel für Kurt Eisner wird von den Nazis entfernt**

München-Isarvorstadt \* Die Gedenktafel für Kurt Eisner im Gewerkschaftshaus an der Pestalozzistraße wird von den Nazis entfernt. Sie gilt seither als verschollen.

---

### **2. Mai 1933 – Die Freien Gewerkschaften werden gewaltsam aufgelöst**

Deutsches Reich \* Die Freien Gewerkschaften werden im gesamten Reich mit brutaler Gewalt aufgelöst.

---

### **27. März 1947 – Der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB**

München-Ramersdorf \* Unter dem Motto „In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen“ findet vom 27. bis 29. März 1947 in einer Großküche in der Rosenheimer Straße in München der Gründungskongress des Bayerischen Gewerkschaftsbundes - BGB statt. Der BGB bildet den Dachverband für insgesamt 13 Gewerkschaften. Als Lehre aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik ist das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zentral: Überkonfessionell, parteipolitisch ungebunden, „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“.

---

### **1948 – Hannes König und die Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden**

München \* Der Zeichner und Bühnenbildner für Theater und Film, Hannes König, übernimmt den Landesvorsitz der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden.

---

### **12. Oktober 1949 – Der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

München-Isarvorstadt - Museumsinsel \* Mit einem Gründungskongress im Deutschen Museum wird der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB von 16 Branchengewerkschaften ins Leben gerufen. Der Bayerische Gewerkschaftsbund - BGB löst sich zuvor als Landesorganisation auf und geht in den DGB-Bezirk Bayern über. Das „Parlament der Arbeit“ wählt den 74-jährigen

---



Hans Böckler zu seinen Vorsitzenden. Mit der Gründung des DGB wird auch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik überwunden. Nun gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, also einer parteipolitisch neutralen Organisation, die sich ausschließlich um Fragen der Arbeitnehmer\*innen widmet.

## **24. April 1953 – Gegen die Öffnung der Läden auch am Samstagsnachmittag**

München \* Einige Münchner Firmen, darunter C&A Brenninkmeyer und Salamander, wollen ihre Läden auch am Samstagsnachmittag nach 14:00 Uhr offen halten. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften und rufen zu Protesten auf.

## **25. April 1953 – Tausende demonstrieren vor dem Münchner Gewerkschaftshaus**

München-Ludwigsvorstadt \* Mehrere tausend Verkäuferinnen und Verkäufer demonstrieren vor dem Münchner Gewerkschaftshaus für einen „freien Samstagsnachmittag“.

## **1. Mai 1953 – Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagsnachmittag**

München-Maxvorstadt \* Im Anschluss an die Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes - DGB auf dem Königsplatz bewegt sich ein Protestzug mit Transparenten zum freien Samstagsnachmittag durch die Luisenstraße in Richtung Bahnhofplatz. Da sich der Protestzug nach der polizeilichen Aufforderung nicht auflöst, greift die Staatsmacht auf der Höhe des Luisenbunkers mithilfe eines Wasserwerfers ein. Die mit Stahlhelm und Karabiner bewaffnete Bereitschaftspolizei löst mit Kolbenhieben den Protestzug auf. Vom Wasserwerfer gejagt bricht der 59-jährige Bahnangestellte Georg Bachl an der Ecke Luisen-/Prielmayerstraße tot zusammen.

## **13. Juni 1953 – Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss**

München \* Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG haben zur Kundgebung für den Samstag-Nachmittag-Ladenschluss aufgerufen. Der Protestmarsch bewegt sich vom Arbeitsamt in der Maistraße über den Sendlinger-Tor-Platz zum Stachus und von dort weiter in die Altstadt, wo er sich in der Kaufingerstraße vor C&A Brenninkmeyer staut. Demonstranten



blockieren im Inneren des Geschäfts die neumodernen Rolltreppen.

---

### **13. Februar 1954 – C&A Brenninkmeyer und Salamander wollen Samstags bis 17 Uhr öffnen**

München \* Die Münchner Einzelhandelsgeschäfte sind mit den Gewerkschaften einig, dass die Geschäfte am Samstagnachmittag - mit Ausnahme des ersten Samstags im Monat - um 14:00 Uhr schließen. Nur die Firmen C&A Brenninkmeyer und Salamander wollen ihre Geschäfte jeden Samstag bis 17:00 Uhr geöffnet halten.

---

### **20. Februar 1954 – Die Polizei räumt die Kaufingerstraße**

München \* Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen - HBV&nbsp;und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - DAG&nbsp;haben wieder ihre Mitglieder mobilisiert. Ab 14 Uhr halten etwa 1.000 Demonstrant\*innen die Zugänge der Filialen der Firmen C&A Brenninkmeyer&nbsp;und Salamander&nbsp;besetzt. Gegen 16 Uhr wird die Kaufingerstraße von einer Hundertschaft der Polizei mit vorgehaltenem Karabiner, berittener Polizei und dem Wasserwerfer geräumt. Sechs Demonstranten werden verhaftet.

---

### **27. März 1954 – Protestmarsch gegen das Kaufhaus C&A Brenninkmeyer**

München \* Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu einem neuen Protestmarsch mobilisiert, den das Verwaltungsgericht wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung auf Antrag des Kaufhauses C&A Brenninkmeyer verbietet. Unabhängig davon setzt sich der Protestmarsch mit rund 2.000 Demonstranten von der Herzog-Wilhelm-Straße aus in Bewegung. Es kommt zur Eskalation mit der martialisch auftretenden Polizei, nachdem etwa fünfzig berittene Polizisten versuchen, die Demonstranten und Passanten in die Seitenstraßen abzudrängen. Mehrere hundert Polizisten gehen mit ihren Karabinern gegen die Menschen vor, schlagen zum Teil auf diese ein und nehmen 53 Demonstranten fest. Schaufensterscheiben gehen durch Polizeipferde zu Bruch. Der berühmt-berüchtigte Wasserwerfer steht bereit. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten werden schwer verletzt, der Verkehr ist für Stunden unterbrochen, das normale Leben setzt erst in den Abendstunden wieder ein.

---

### **10. April 1954 – Demonstration für den Ladenschluss**



München \* Die Firmen C&A Brenninkmeyer, Salamander&nbsp;und Woolworth&nbsp;halten ihre Geschäfte wieder offen.&nbsp;5.000 Gewerkschafter demonstrieren durch die Neuhauser- und Kaufingerstraße zum Jakobsplatz.&nbsp;Sie ziehen an den geöffneten Geschäften lediglich vorbei und rufen dabei ihre Parolen.

---

## **1. Mai 1954 – Forderungen zur Einführung der Fünf-Tage-Woche**

München \* Der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB fordert die Einführung der Fünf-Tage-Woche“und eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. An den Litfaßsäulen hängen Plakate mit der Aufschrift „Samstags gehört Vati mir“.

---

## **Juni 1954 – Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich**

München \* Die Gewerkschaften schließen mit C&A Brenninkmeyer einen Vergleich. Die Firma verzichtet auf eine Entschädigung von 250.000 DMark und die Gewerkschaften entschuldigen sich für die Beleidigungen in einem Flugblatt vom 20. Februar 1954. Und nachdem sich viele andere Groß- und Mittelbetriebe für Samstagnachmittags-Öffnungszeiten nach 14 Uhr aussprechen, bricht der Widerstand zusammen. Der „Ladenschluss-Krieg“ ist damit beendet.

---

## **28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf**

München \* Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

---

## **1982 – Das Ende des Braunkohleabbaus kostet Arbeitsplätze**

Wackersdorf \* Mit dem Ende des Braunkohleabbaus bei Wackersdorf gehen rund 1.600 Arbeitsplätze verloren. Die Bayerische Staatsregierung, die Gemeinde und die Gewerkschaften betrachten die geplante Wiederaufarbeitungsanlage zunächst als mögliche wirtschaftliche Ersatzperspektive für die Region.

---

## **26. September 2005 – Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat**





München - Berlin - Wiesbaden \* Am 25. Jahrestag des Wiesen-Attentats bringen mehrere Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Der Antrag findet keine politische Mehrheit und wird vom Bundeskriminalamt - BKA abschlägig beschieden.

---

## **1. Mai 2014 – Oberbürgermeister Dieter Reiters erster Arbeitstag**

München-Gruggebau \* Seinen ersten Arbeitstag beginnt der neue Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter auf der Kundgebung des DGB auf dem Marienplatz. Weil er im Zusammenhang mit den städtischen Kliniken auch von Personalabbau spricht, erntet er bei den anwesenden Gewerkschaftern Buh-Rufe und Pfiffe. Ob er sich jetzt den Schlegel zur Hand herbei gewünscht hat, dem ihm zuvor seine Mitarbeiter - verbunden mit dem Wunsch für einen „guten Start und einer glücklichen Hand - auch beim Anzapfen“ - geschenkt haben, ist nicht bekannt.

---